

Verpflichtungserklärung gem. §§ 66, 67, und 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)
zur persönlichen Vorlage bei der Ausländerbehörde: Schillerstraße 7 – 9, 76275 Ettlingen

➤ Der Gastgeber muss bei den Mitarbeiter/-innen der Ausländerbehörde persönlich zur Unterschriftsleistung erscheinen.

Gastgeber:

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ Geburtsort: _____

Staatsangehörigkeit: _____ Pass- oder Personalausweis-Nr.: _____

led. _ verh. _ gesch. _ verw. _ Anzahl d. Kinder: _____ Alter d. Kinder: _____

Adresse: _____ 76275 Ettlingen

Berufsbezeichnung: _____ Arbeitgeber: _____

Anschrift der Wohnung in der die Unterkunft sichergestellt wird, falls abweichend vom gewöhnlichen Wohnsitz der Unterkunftgeber:

Straße/Ort: _____

Ich bin: Mieter Eigentümer

Haben Sie bereits eine Verpflichtungserklärung abgegeben? Wenn ja, Name(n) des früheren Gastes bzw. der Gäste? Wann? bei welcher Behörde?

Gast:

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ Geburtsort: _____

Staatsangehörigkeit: _____ Pass- oder Personalausweis-Nr.: _____

Adresse: _____

Verwandtschaftliche wie auch sonstige Beziehungen zum Gastgeber: _____

Begleitender Ehegatte:

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ Geschlecht: _____

Kinder: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht (m/w)
(Kinder nur bis zum 16. Lebensjahr)

Ich verpflichte mich für die obige/n Person/en ab dem _____ (Datum des Beginns der voraussichtlichen Visumsgültigkeit) bis zur Beendigung des Aufenthalts oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltzweck.

Beabsichtigtes Aufenthaltsende des Gastes bzw. der Gäste am: _____

Aufenthaltszweck: _____

Ettlingen, den _____ Unterschrift des Gastgebers: _____

Bitte gut leserlich ausfüllen!!!
Vorzuliegende Unterlagen siehe Rückseite

Vorzulegende Unterlagen:

bei Beschäftigten:

- Aktuelle Bescheinigung des Arbeitgebers über befristetes bzw. unbefristetes u. ungekündigtes Arbeitsverhältnis (Original) – die Vorlage des Arbeitsvertrages ist nicht ausreichend!,
- Nachweise über Nettoeinkommen der letzten 3 Monate (Original und Kopie),
- Mietvertrag oder Grundbuchauszug (Original und Kopie),
- Pass oder Personalausweis des Gastgebers (Original und Kopie).

bei Selbständigen:

- Nachweis über eigenen Gewerbebetrieb (Kopie).
- Gewinn- und Verlustrechnung des letzten Quartals mit Stellungnahme des Steuerberaters über das durchschnittliche monatliche frei verfügbare Einkommen (Original)
- Steuerbescheid des letzten Jahres (Original und Kopie)
- Mietvertrag oder Grundbuchauszug (Original und Kopie),
- Pass oder Personalausweis des Gastgebers (Original und Kopie).

bei Rentnern:

- Rentenbescheid bzw. Mitteilung über die letzte Rentenanpassung (Original und Kopie),
- Mietvertrag oder Grundbuchauszug (Original und Kopie),
- Pass oder Personalausweis des Gastgebers (Original und Kopie).

Die Gebühr für die Verpflichtungserklärung beträgt: 29,00 €

**Erklärung des Verpflichtungserklärenden vor der ABH
zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

vom: Nr.:

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt eines Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat, im Hotel oder in einer durch öffentlich-rechtlichen Träger gestellten Unterkunft) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungserklärende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Das Vorliegen ausreichenden Krankenversicherungsschutzes wird unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumverfahrens geprüft und ist eine Voraussetzung für die Visumerteilung.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den Aufenthaltszeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreise oder bei bereits im Bundesgebiet aufhältigen Ausländern ab Erteilung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet und schließt auch Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts ein.

Die Verpflichtung endet vor Ablauf von fünf Jahren mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen

ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Die Verpflichtung erlischt nicht vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren, wenn ein Asylverfahren angestrengt wird. Dies gilt auch dann, wenn das Asylverfahren mit der Asylanerkennung, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes positiv abgeschlossen bzw. wenn ein Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird.

Für Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen (vgl. § 66 Abs. 1 AufenthG), haftet der Verpflichtungserklärende zeitlich unbegrenzt.

3. Vollstreckbarkeit

Für die aufgewendeten öffentlichen Mittel besteht ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. Dieser wird durch Leistungsbescheid geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch kann im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 lit. g AufenthV und ggf. Art. 9 Nr. 4 lit. f) i.V.m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass zusätzlich zur Vorlage des Originals eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden:

Datum, Vor- u. Nachname, Unterschrift